

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Stephan Bothe (AfD)

Blockade der Kreuzung Karmarschstraße/Leinstraße Klima-Protestler der „Letzten Generation“

Anfrage des Abgeordneten Stephan Bothe (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 17.02.2023

Am Morgen und am Nachmittag des 14.02.2023 blockierten sich selbst als Klima-Aktivisten der „Letzten Generation“ bezeichnende Personen in Hannover die Kreuzung Karmarschstraße/Leinstraße¹ und somit die Zufahrt zum Landtag. Dadurch kam es im gesamten Innenstadtverkehr zu Staus.

1. Warum wurde die nicht angemeldete Blockade der Kreuzung Karmarschstraße/Leinstraße in Hannover am Dienstagmorgen von Polizeibeamten vor Ort zu einer gemäß dem niedersächsischen Versammlungsrecht zulässigen Versammlung erklärt?
2. Sind nach Auffassung der Landesregierung Straßenblockaden durch sich selbst als Klima-Aktivisten bezeichnende Personen gegebenenfalls grundsätzlich als zulässige Versammlungen im Sinne des niedersächsischen Versammlungsrechts anzusehen?
3. Sieht die Landesregierung das Recht auf Versammlungsfreiheit unzumutbar und unzulässig eingeschränkt, wenn Teilnehmer einer solchen Unternehmung, die eine öffentliche Straße blockieren, von der Polizei aufgefordert werden, ihren Protest wenige Meter weiter, auf dem Fußweg, zum Ausdruck zu bringen?
4. Sind im Zuge der Straßenblockaden am 14.02.2023 in Hannover Zeitpunkt und Personalien von Teilnehmern der genannten Unternehmung aufgenommen worden, und wurden Verfahren eingeleitet?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Gefahr des Blockierens von Rettungsfahrzeugen und damit ein verzögertes Erreichen des Einsatzortes und eine verzögerte Hilfeleistung, wenn sich Teilnehmer einer solchen Unternehmung beispielsweise auf der Straße festkleben?
6. Gehört es nach Auffassung der Landesregierung zur Versammlungsfreiheit im Sinne des niedersächsischen Versammlungsrechts, sich auf einer Straße festkleben zu dürfen? Falls nicht, warum wird ein derartiges Verhalten nicht unverzüglich von der Polizei unterbunden bzw. beendet?
7. Ist die Landesregierung willens, zukünftig Straßenblockaden und damit Verkehrsstaus durch Klima-Aktivisten zu verhindern? Wenn ja, durch welche Maßnahmen? Falls nicht, reicht ein einfaches „Nein“.
8. Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung personelle Überschneidungen von Gruppierungen wie der „Letzten Generation“ oder ähnlichen Zusammenschlüssen von sich selbst als Klima-Aktivisten bezeichnende Personen mit dem linksextremen Milieu?
9. Waren nach Kenntnis der Landesregierung Mitglieder der niedersächsischen Klima-Aktivisten-Szene bei der Räumung in Lützerath in Nordrhein-Westfalen im Januar dieses Jahres an Straftaten beteiligt?
10. Sieht die Landesregierung die „Letzte Generation“ als verfassungskonform an?

¹ <https://www.haz.de/lokales/hannover/video-suv-fahrer-fahrt-klima-aktivisten-an-71c3789b-1304-4e12-92fd-c381fa12b05f.html>

11. Säge es die Landesregierung als hilfreich an, wenn aus der Gruppe der fünf Landtagsvizepräsidentinnen und -präsidenten heraus, die ja als „Botschafter unserer Demokratie“ das Land bereisen sollen, versucht würde, Vertretern der „letzten Generation“ die Notwendigkeit der Akzeptanz von demokratischen Entscheidungen und das Einhalten demokratischer Spielregeln beim Wunsch nach Veränderungen in der Gesellschaft zu vermitteln?